

Freddy Cremer (ProDG)

Plenarsitzung, 23. September 2019

Dokument 25 (2019-2020), Nr.1 – Gemeinschaftspolitische Erklärung der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Parlamentarische Debatte

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Die gemeinschaftspolitische Regierungserklärung zu Beginn einer neuen Legislaturperiode ist immer etwas Besonderes. Hier werden das Regierungsprogramm und die politische Richtung für die kommenden fünf Jahre vorgestellt. Die großen politischen Vorhaben, Projekte und Reformen werden zumindest skizzenhaft präsentiert.

Obwohl grundlegende und zukunftsweisende Reformen in vielen wichtigen Zuständigkeiten auf der politischen Agenda stehen, stelle ich nichtsdestotrotz fest, dass mit diesem Regierungsprogramm die Arbeit der vergangenen Legislaturen fortgesetzt wird. Kontinuität bedeutet aber keineswegs Status quo oder gar Stillstand. Das Gegenteil ist der Fall. Mit den geplanten Reformen in wichtigen Politikbereichen soll unsere Gemeinschaft zukunftsfähig gemacht werden. Der Ministerpräsident sprach von einer Legislaturperiode des Aufbruchs.

Dass kein politischer Zickzackkurs eingeschlagen wird, ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass sich seit 2009 das gesamte Regierungshandeln am regionalen Entwicklungskonzept orientiert. „Wie wollen wir im Jahre 2025 in Ostbelgien leben?“ ist die alles entscheidende Frage, die sich wie ein roter Faden durch das REK zieht. Mit der neuen Legislatur beginnt die dritte Umsetzungsphase dieses Regionalen Entwicklungskonzepts.

Einleitend möchte ich festhalten, dass diese Regierungserklärung das Resultat eines langen und partizipativen Konsultationsprozesses ist, an dem viele Partner beteiligt waren.

Dieser Prozess begann bereits im August 2018, also vor über einem Jahr, als ein Thesenpapier für ein drittes REK vorgestellt wurde, das dann in den folgenden Monaten auf breiter Basis mit den Sozialpartnern, der organisierten Zivilgesellschaft und vielen Bürgern/Bürgerinnen konzertiert wurde.

Im Rahmen einer gemeinschaftspolitischen Erklärung wurde der Entwurf des dritten REK in der Plenarsitzung vom 6. Mai – also drei Wochen vor den Wahlen – an dieser Stelle vorgestellt. Mit diesem Programm stellten sich die Koalitionspartner dem Wähler.

Das war eine transparente Vorgehensweise und dies hatte nichts mit „Blockpartei“ gemein, wie die stärkste Oppositionspartei monierte. Glauben sie mir, werte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, dieser Vorwurf kümmerte uns damals und kümmert uns heute herzlich wenig.

Und da diese Koalition bei den Wahlen 13 von 25 Sitzen errang, konnte das Koalitionsabkommen nur wenige Tage nach den Wahlen vom 26. Mai unterzeichnet werden. Dies hatte nichts mit überstürzter Eile zu tun; es wurde nichts übers Knie gebrochen. Dies war nur möglich, weil nicht lange um ein Programm und um ein Koalitionsabkommen gefeilscht werden musste, denn DER REK III-Entwurf lag vor.

Dies ist der fundamentale Unterschied zu den anderen belgischen Gliedstaaten und auch zur föderalen Ebene, wo Koalitionen erst nach monatelangen zähen Verhandlungen zustande kamen oder immer noch nicht zustande gekommen sind.

Es hat in unserer Gemeinschaft kein monatelanges politisches Gezerre und Gerangel gegeben. Die Koalitionspartner mussten sich nicht erst mühevoll zusammenraufen und während des Wahlkampfes aufgerissene politische Gräben überwinden oder persönliche Verletzungen und Verunglimpfungen bereinigen.

Wörtlich steht im Koalitionsabkommen, dass das „Regierungsprogramm auf der Grundlage des dritten Umsetzungsprogramms des Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK III) und unter Berücksichtigung der Wahlprogramme der Koalitionspartner sowie unter Anlehnung an die Nachhaltigkeitsziele der UN ausgearbeitet“ wird.

Die Koalitionspartner vereinbarten zudem, sich konsequent für die Umsetzung der drei in diesem Hause im Frühjahr 2019 verabschiedeten Resolutionen zum Autonomieausbau einzusetzen.

Diese drei Resolutionen beziehen sich auf die Stellung der deutschen Sprache in Belgien, die garantierte Vertretung der Bevölkerung des deutschen Sprachgebiets und die Autonomieentwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Staatsstruktur.

Auf zwei Klausurtagungen (22. Juni in Bütgenbach und 24. August in Eupen) haben sich die Mandatare der Mehrheit und die Minister intensiv mit den einzelnen Vorhaben und Projekten der kommenden Legislaturperiode auseinandergesetzt. Jedes einzelne Reformvorhaben wurde kritisch auf Herz und Nieren geprüft.

Auch die Oppositionsparteien wurden in den Sommermonaten in diesen Konsultationsprozess eingebunden.

Lassen Sie mich schlussfolgernd feststellen, dass die vorliegende Regierungserklärung das Resultat all dieser Bemühungen ist.

In einer **zweiten Überlegung** möchte ich festhalten, dass diese Regierungserklärung eine finanzierbare politische Vision für unsere Gemeinschaft beinhaltet. Das Regierungsprogramm ist keineswegs bloß eine vage Absichtserklärung, sondern ein sehr konkretes Arbeitsprogramm, dessen Verwirklichung in regelmäßig veröffentlichten Zwischenberichten detailliert und überprüfbar dokumentiert wird.

Im Vorfeld der heutigen Plenarsitzung wurden die Eckdaten des Haushaltsjahres 2020 vorgestellt und in nur drei Wochen, am 14. Oktober, wird der von der Regierung ausgearbeitete Entwurf des Haushaltsplans 2020 vorgestellt.

Dann wird sich zeigen, dass die zahlreichen Projekte und Reformvorhaben trotz schwieriger Haushaltsparameter realisierbar und finanzierbar sind. Dies ist für jedermann überprüfbar, denn der Haushalt, der in wenigen Wochen von der Regierung hinterlegt und Anfang Dezember an drei Tagen an dieser Stelle diskutiert wird, ist nichts anderes als das in nüchterne Haushaltszahlen gegossene Regierungsprogramm, über das wir heute diskutieren.

Dass dies keine leichte Übung wird, ist jedem bewusst, der die nationalen und internationalen Entwicklungen beobachtet.

Aber dazu mehr in wenigen Wochen.

In einer **dritten Überlegung** möchte ich aufzeigen, dass in der kommenden Legislatur die Voraussetzungen für eine breite politische Partizipation auf vielen Ebenen deutlich erweitert werden. Subsidiarität, Eigenverantwortung und Dialog auf und zwischen allen Entscheidungsebenen sind wichtige Maßstäbe des politischen Handelns.

Aufgrund der doch nun wirklich überschaubaren Größe unserer Gemeinschaft sind die Bürger und Institutionen seit jeher in politische Entscheidungsprozesse eingebunden. Wenn beispielsweise im Bereich der Kultur-, der Bildungs-, der Beschäftigungs-, der Jugend- oder der Gesundheitspolitik wichtige Entscheidungen anstehen, werden die Akteure in den Prozess der Entscheidungsfindung einbezogen. Dies ist mit Sicherheit ein Vorteil unserer Kleinheit.

Dies gilt selbstverständlich auch, wie ich es eben bereits aufgezeigt habe, für das REK.

Die erste Gelingensbedingung für ein erfolgreiches Entwicklungskonzept ist ein breiter Beteiligungsprozess.

Sowohl die Entwicklung als auch die Umsetzung des REK waren und sind das Resultat eines dialogischen Prozesses und keineswegs das Diktat einer übergeordneten Behörde.

Dies sehen auch die ostbelgischen Bürger und Bürgerinnen so.

Laut forsa-Umfrage aus dem Jahr 2018 bejahen 60% der Befragten, dass genügend Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten bestehen, wenn es um die Gestaltung der Politik in unserer Gemeinschaft geht. Elf Jahre zuvor lag dieser Wert nur bei 47%.

Dieser Wert muss noch verbessert werden, die Menschen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft müssen noch intensiver in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Der Dialog zwischen der Gemeinschaft und den Gemeinden genoss bereits in den vergangenen Legislaturen einen hohen Stellenwert. Durch die Übernahme der neuen Befugnisse Raumordnung, Wohnungswesen und Teile der Energiepolitik können die Beziehungen zwischen der Gemeinschafts- und der Kommunalebene auf eine neue Qualitätsebene gehoben werden. Gemeinsam gilt es, mit den kommunalen Vertretern neue Formen der Zusammenarbeit bei der Gestaltung dieser Kompetenzen auszuloten.

Auf den strukturierten Bürgerdialog, der am vergangenen Montag zeitgleich mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode gestartet wurde, muss ich nicht näher eingehen. Darüber wurde in den letzten Tagen ausgiebig in allen Medien berichtet.

Das Parlament steht hier in einer großen Verantwortung, denn spätestens in wenigen Monaten, wenn die Empfehlungen aus der ersten Bürgerversammlung an das PDG weitergeleitet werden, müssen wir beweisen, dass wir diese Empfehlungen sehr Ernst nehmen und nach bestem Wissen und Gewissen in verbindliche Regeltexte einfließen lassen.

Auch sind die Parlamentarier gefordert, in den zuständigen Fachausschüssen einen echten Dialog auf Augenhöhe mit den Vertretern der Bürgerversammlungen zu führen.

Das Zusammenwirken von Bürgerversammlung und Parlament wird schlussendlich zum alles entscheidenden Kriterium für den Erfolg dieser neuen Form der Bürgerbeteiligung an der Politikgestaltung.

Man darf ohne jegliche Übertreibung sagen, dass unsere Gemeinschaft hier zum Demokratielabor wird und dass die nationale und internationale Öffentlichkeit dieses Experiment mit großem Interesse verfolgen wird.

Ein weiteres Element wird dazu beitragen, dass das Prinzip der Subsidiarität in unserer Gemeinschaft weiter gestärkt wird. Durch das Zukunftsprojekt „Dörfer stärken“ sollen für die Menschen in den Dörfern, Vierteln und Städten die Rahmenbedingungen für mehr Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Somit werden Bürger und Bürgerinnen bei der Umsetzung eigener Dorf- und Viertelprojekte unterstützt. Diese

Form der direkten Demokratie, die bereits vielerorts gelebt wird, soll durch stetige Begleitungs- und Unterstützungsangebote weiter gefördert werden.

In diesen Kontext ist auch das Zukunftsprojekt „Engagiert und für Ostbelgien“ einzuordnen. Die weitere Aufwertung des Ehrenamtes wird auch in dieser Legislatur eine Priorität sein.

Das Zusammenspiel von repräsentativer und deliberativer Demokratie, die direkte Demokratie in autonom gestalteten Dorf- und Viertelprojekten und die weitere Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements können aus Ostbelgien eine Modellregion gelebter Demokratie machen.

Dazu beitragen sollte auch die weitere Reform der parlamentarischen Arbeit. Die Debatten in diesem Hause sollten eigentlich Musterbeispiele der parlamentarischen Streitkultur sein, wobei ausschließlich die Suche nach den besten Lösungen für die politischen Herausforderungen in unserer Gemeinschaft im Mittelpunkt stehen sollte.

Keine Fraktion – weder aus der Mehrheit noch aus der Opposition – kann für sich beanspruchen, den Stein der Weisen gefunden oder gar ein Monopol auf gute Ideen zu haben. Nur im Dialog aller Fraktionen können die besten Lösungen für die Menschen in unserer Gemeinschaft gefunden werden.

Diesem Dialog wird sich die ProDG-Fraktion nicht verschließen.

Genau so deutlich sage ich aber auch, dass sich die ProDG-Fraktion nicht an medienwirksamen Scheindebatten, die auf Halbwahrheiten oder sogar auf sogenannte Fake News beruhen, beteiligen wird. Wir distanzieren uns ausdrücklich von öffentlichkeitswirksamer Schaumschlägerei, die keinerlei Mehrwert für die Menschen in unserer Gemeinschaft hat. Auch plädieren wir dafür, dass die gewählten Mandatäre den Blick auf das politische Kerngeschäft richten, das heißt auf die uns im Zuge der letzten fünfzig Jahre übertragenen Befugnisse, die alle Lebensbereiche der Menschen in unserer Gemeinschaft berühren.

Wenn die Ecolo-Fraktion betont, dass sie in dieser Legislatur das Regierungshandeln auf Nachhaltigkeit prüfen will, rennt sie damit bei der Regierung offene Türen ein. Schon im Koalitionsabkommen steht, dass man sich im 3. REK-Umsetzungsprogramm an die Nachhaltigkeitsziele der UN anlehnt und im REK III steht in der Einleitung, dass „die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene“ im Fokus steht.

Kommen wir zu einer **vierten Überlegung**.

Vor 50 Jahren begann eine Entwicklung, die Belgien progressiv in einen Bundesstaat umwandelte. Im Zuge dieses Föderalisierungsprozesses wurde auch der deutschsprachigen Minderheit stets umfassendere Kompetenzen übertragen. Ergänzt wurde dieser Prozess durch die Aktivierung von Artikel 139 der Verfassung, der Kompetenzübertragungen von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft ermöglichte.

Es handelt sich also um einen dynamischen Autonomieausbau, dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

Es scheint mir daher völlig normal, dass nach fast einem halben Jahrhundert Autonomieausbau bestehende Strukturen und gewachsene Verwaltungsabläufe auf den Prüfstand gestellt und evaluiert werden. Jede Institution und jedes Unternehmen unterzieht sich in regelmäßigen Zeitabständen einem solchen Audit, um gegebenenfalls Optimierungsprozesse einzuleiten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich verfüge nicht über ausreichend Redezeit, um alle wichtigen Reformvorhaben, die in der Regierungserklärung vorgestellt wurden und im REK III beschrieben sind, an dieser Stelle zu kommentieren.

Ich werde lediglich das Fachkräftebündnis, das neue Berufswahlverfahren und das Zukunftsprojekt „Vermittlung aus einer Hand“ kurz kommentieren.

Meine Kolleginnen Petra Schmitz und Lydia Klinkenberg werden anschließend einige Projekte und anstehende Reformen aus dem Bildungs-, aus dem Sozial- und aus dem Gesundheitsbereich unter die Lupe nehmen.

Auch in dieser Legislatur wird der Kampf gegen den Mangel an Fach- und Führungskräften ein Schwerpunktthema sein.

Der Fachkräftemangel ist kein spezifisch ostbelgisches Problem. Vielerorts in Europa klagen die Betriebe über fehlende Fachkräfte und zahlreiche Lehrstellen können nicht besetzt werden.

Einfache Lösungen und Zauberformeln für diese Herausforderungen gibt es nicht. Wer das behauptet, hat die Komplexität des Problems nicht erkannt.

Will man Fachkräfte an den Standort Ostbelgien und an die hiesigen Betriebe binden, muss an vielen Stellschrauben gedreht werden. Es gilt, die Attraktivität des ostbelgischen Arbeitsmarktes zu erhöhen. Dazu bietet uns die Autonomie weitreichende Möglichkeiten. So müssen beispielsweise in Ostbelgien für Familien günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden; Unterricht und Ausbildung müssen unsere Jugendlichen optimal auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes vorbereiten; ein breites kulturelles und sportliches Angebot und eine gut funktionierende Vereinswelt tragen maßgeblich zur Lebensqualität bei.

Die Regierung hat diese Herausforderung erkannt und im Jahr 2018 das „Fachkräftebündnis Ostbelgien“ geschaffen. Im Dezember 2018 wurde von Forschern der Hochschule Ludwigshafen am Rhein die „Analyse des Fachkräftebestands, des Fachkräftebedarfs und des Fachkräftepotentials in Ostbelgien“ präsentiert.

Auf der Grundlage dieser Studie wurde im Februar 2019 ein konkreter Aktionsplan verabschiedet, der Schritt für Schritt umgesetzt wird. In sechs Zukunftsprojekten des REK III (Fachkräftebündnis Ostbelgien – Lernen im Betrieb – Vermittlung aus einer Hand – Made in Ostbelgien – Ein starke Sozialwirtschaft – Wirtschaftsstandort

Ostbelgien vermarkten) werden geeignete Maßnahmen für ganz unterschiedliche Branchen und Zielgruppen festgelegt.

Durch eine grundlegende Reform der Berufswahlvorbereitung sollen junge Menschen frühzeitig die eigenen Potenziale erkennen und alle Informationen erhalten, um eine bewusste Entscheidung bezüglich des eigenen Bildungsweges zu treffen.

Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten Betriebspraktika, die in Zukunft Teil des Bildungsweges eines jeden Jugendlichen sein sollen.

Der Arbeitsmarkt Ostbelgien ist auf jede Arbeitskraft angewiesen. Deshalb soll das Betreuungs- und Begleitungsangebot für Personen mit großen Vermittlungshemmnissen erhöht werden.

Das Arbeitsamt der DG wird bei all diesen Projekten eine koordinierende Rolle übernehmen.

Gerade am Beispiel der Fachkräftesicherung kann dokumentiert werden, wie die in der vergangenen Legislatur eingeleiteten Maßnahmen in dieser Legislatur fortgesetzt und erweitert werden.

Rasche Lösungen gibt es nicht. Hier gilt die Maxime: Steter Tropfen höhlt den Stein.

Lassen Sie mich, werte Kolleginnen und Kollegen, schlussfolgernd feststellen, dass die ProDG-Fraktion der festen Überzeugung ist, dass die großen Herausforderungen für die Zukunftsgestaltung unserer Gemeinschaft von der Regierung richtig erkannt und passgenaue Maßnahmen eingeleitet wurden. Jetzt gilt es, gemeinsam mit allen Akteuren aus den unterschiedlichsten Bereichen in den kommenden fünf Jahren diese

Maßnahmen konsequent und entschlossen umzusetzen.

.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer

ProDG-Fraktion

